

Gläsernes

Lokalzeitung der Linken
34. Jg. Tübingen 5-2008



Rathaus*

* Damit man draußen sieht,
was drinnen vorgeht.

SOZIALER WOHNUNGSBAU

Antrag der Linken vom 21. Juli 2008

1. Bei allen Wohnbauprojekten der GWG, der städtischen Grundstücksgesellschaft bzw. der Wirtschaftsförderungsgesellschaft werden ein Drittel Sozialwohnungen eingeplant.

2. Bei allen Wohnbauprojekten privater Träger, die einer Bebauungsplanänderung bedürfen, an denen die städtische Grundstücksgesellschaft oder die GWG beteiligt sind und die über 20 Wohneinheiten umfassen, legt die Stadt in einem städtebaulichen Vertrag fest, dass mindestens ein Drittel als Sozialwohnungen gebaut werden.

Aus der Begründung (lauter Zitate aus dem städtischen Wohnraumbericht):

„Weiterhin groß ist das Defizit an preisgünstigem und geeignetem Wohnbau – vor allem für Familien mit Kindern, Alleinerziehende und Studierende. Besonders schwierig ist die Situation für Menschen mit geringem Einkommen“ (Boris Palmer im Vorwort)

„Schon seit geraumer Zeit haben Einkommensschwache, Familien mit Kindern und Alleinerziehende Probleme bezahlbaren Wohnraum in Tübingen zu bekommen. ... Ohne richtige Förderung der öffentlichen Hand (Bund, Land, Kommune) wird es keine Trendwende geben...“ (Seite 8)

„Laut Angaben der Fachabteilung Soziale Angebote sind viele Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld II in Tübingen aufgefordert worden, sich nach günstigeren Wohnungen umzusehen, da in absehbarer Zeit die Kosten für Unterkunft und Heizung nur noch bis zur Mietobergrenze gewährt werden. Dies werde zu einem weiteren Ansteigen der Nachfrage nach günstigem Wohnraum führen. Bei ca. 20% aller Sozialhilfeempfängerinnen und –empfänger in Tübingen liege die Kaltmiete über der maßgeblichen Mietobergrenze gem. § 8 Wohngeldgesetz.“ (Seite 10)

„Der Bestand an Sozialmietwohnungen betrug am Jahresende 2006 insgesamt 1160 Wohnungen. ... Die Zahl der Sozialwohnungen ging also weiter zurück: Am Jahresende 2005 gab es noch 1178 Sozialmietwohnungen. Zum Vergleich: Der Bestand an Sozialmietwohnungen im Jahr 1996 lag noch bei 1794 Wohnungen.“ (Seite 11)

„Weggezogen sind vor allem junge Familien, die in Tübingen keinen adäquaten Wohnraum – in Größe und Preis – bekommen konnten. Auf die Dauer führt dies zu ungünstigen Verhältnissen im Altersaufbau der Bevölkerung und zu einem Rückgang der Einwohnerzahlen ...“ (Seite 21)

SPD und Grüne blöder als Ypsilanti Linke verhindert DDR-Abstimmungsverhältnisse

Für die Linke begründet Anton Brenner am 15.12.2008 die Ablehnung des Haushalts:

Herr Latus (CDU) freute sich über die „große Mehrheit“ von „nahezu allen Fraktionen, Herr Rosemann (SPD) war über die Zustimmung von sechs der sieben Fraktionen erstaunt und erfreut, wir meinen, große Mehrheiten sind an sich kein Qualitätskriterium. Wir werden ein Abstimmungsverhalten wie in der früheren DDR knapp verhindern. Genossen aus dem Osten haben uns glaubhaft versichert, dass Einstimmigkeit eher ein Alarmzeichen darstellt.

Gestern habe ich den anderen Fraktionsvorsitzenden geschrieben: „Schon aus konjunkturellen Gründen stimmen wir allen Mehrausgaben für Investitionen, Bildung, Gleichstellung und Integration zu“, egal welche Partei dies fordert und unterstützt. „Wenn allerdings die Mehrheit (und rot-rot-grün hat seit neun Jahren die Mehrheit) nicht bereits sein sollte, wenigstens in Ansätzen das Verjagen der Gebäudereinigung in prekäre Stellen (Leiharbeit, 400-Euro-Jobs) zu stoppen, werden wir insgesamt nicht zustimmen.“ „Dieselbe Bedingung gilt bei den Beschäftigungsverhältnissen in der Stadtgärtnerei und der Straßenreinigung. Den Bürgermeistern wurden Assistentenstellen geschaffen, Stabstellen und Geschäftsführerposten schießen ins Kraut und unten baut man Stellen ab. Der Hinweis, mit der Privatisierung der städtischen Müllabfuhr werde man eh' einige Leute übernehmen müssen, macht die Angelegenheit noch schlimmer. Zeigt das doch, dass auch die letzte Bastion niedrigschwelliger aber gesicherter Arbeitsplätze geschleift wird und der Neoliberalismus in Tübingen noch Triumphe feiert, während nicht einmal die Frankfurter Allgemeine Zeitung noch neoliberal sein will und viele Städte mit Erfolg die Stadtreinigung rekommunalisieren.“

Zur Zeit verhandelt die Stadt mit dem Kreis über die Müllabfuhr. Bürgermeister Lucke und Oberbürgermeister Palmer, so wurde berichtet, seien für die Beibehaltung der städtischen Müllabfuhr. Da ist es völlig kontraproduktiv, wenn hier schon vorseilend von der Abschaffung der Tübinger Müllabfuhr ausgegangen wird. Wie gesagt, das Investitionsprogramm unterstützen wir im Grundsatz, auch in der von Prof. Barth (UFW) genannten um 1,5 Millionen erweiterten Form.

Zu einem Programm gegen die Krise gehört jedoch auch ein Umdenken im Bereich der Sicherung von Beschäftigungsverhältnissen. Hier sind die Vorschläge der Mehrheit und der Verwaltung krisenverschärfend.

Die Mehrheit geht weiter davon aus, dass die Gebäudereinigung privatisiert wird. Und die Mehrheit geht neu davon aus, dass demnächst auch die städtische Müllabfuhr privatisiert wird. Und die SPD fällt in beiden Punkten dem Personalrat in den Rücken.

Die Mehrheit geht auch weiter davon aus, dass die alten Menschen in den Betreuungseinrichtungen bestens versorgt sind und keine weiteren Pflegekräfte benötigt werden. Sie alle werden ja bald möglicherweise in den Zustand der Pflegebedürftigkeit kommen, da werden Sie ja die Folgen Ihres Verhalten spüren.

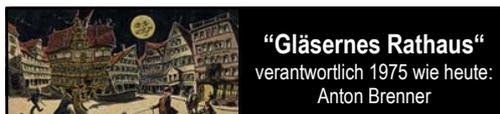
Was ich nicht verstanden habe, ist Ihre Sucht, ums Verrecken große Mehrheiten für den Haushalt zusammenzutrommeln. Das war früher in Tübingen anders. Jahrelang herrschte mal eine rot-grüne Koalition und verabschiedete zum Ärger der Bürgerlichen jeden Haushalt. Dann herrschte acht Jahre lang die „CSU“, also die Koalition aus CDU, SPD und UFW. Wenn CDU, UFW/WUT und FDP seit neun Jahren auch nur eine Mehrheit von einer Stimme gehabt hätten, sie hätten jedes Jahr ihren Haushalt verabschiedet.

Seit neun Jahren haben jedoch SPD, Grüne und Linke die Mehrheit im Rat, seit vier Jahren auch ohne die Stimme des Oberbürgermeisters.

Aber diese Mehrheit wird nicht genutzt, da in Tübingen die dümmste SPD und die dümmsten Grünen von ganz Deutschland wohnen. So blöd war nicht einmal Frau Ypsilanti.

Mit uns hätte die SPD mehr Erzieherinnen-Stellen durchsetzen können. Mit uns hätte sie die Wünsche des Personalrats durchsetzen können: Mehr Stellen um unteren Bereich, bei der Gebäudereinigung, Straßenreinigung und in der Stadtgärtnerei. Grüne und SPD waren nicht einmal bereit, die 20 000 Euro, die sie bei den Putzmitteln einsparen, für Reinigungskräfte auszugeben.

Unser Glückwunsch geht an die CDU. Sie kann weiter Hugoles mit diesen Grünen und dieser SPD spielen. Unsere Stimmen braucht Ihr dafür nicht.



„Gläsernes Rathaus“
verantwortlich 1975 wie heute:
Anton Brenner